
Wer wissen will, soll wissen können

Gespräch mit Joachim Gauck über Stasi-Akten und „Vergangenheitsbewältigung“*

Joachim Gauck, geb. 1940 in Rostock, Studium der ev. Theologie in Rostock, war seit 1965 Pfarrer; 1989 gehörte er zu den Initiatoren des kirchlichen und öffentlichen Widerstands gegen die SED-Diktatur. 1990 wurde er Abgeordneter (Bündnis 90) der Volkskammer, dort Vorsitzender des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Seit 1992 ist er Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Frage: Ist Vergangenheitsbewältigung eigentlich möglich?

Joachim Gauck: Ich verwende diesen Begriff, dessen Gefährlichkeit bereits vor Jahren erkannt wurde, überhaupt nicht. Man kann Vergangenheit nicht bewältigen, man kann sich ihr stellen, man kann sich erinnern, man kann die aus der Erinnerung kommenden Gefühle zulassen oder auch abblocken, man kann bedauern oder auch Stolz empfinden. Aber immer, wenn man das tut, bewältigt man nicht, sondern man stellt sich der Vergangenheit. Deshalb ist der Ausdruck „Vergangenheitsbearbeitung“ angebrachter. Auch er trifft nicht alles, weil es ja nicht nur um das intellektuelle Bemühen geht. Die Mitscherlichs haben mit ihrem Hinweis auf die „Unfähigkeit zu trauern“ klar gemacht, daß es um die Bereitschaft und die Fähigkeit des Individuums geht, zu Fehlern der Vergangenheit Stellung zu beziehen. Wissen ist also immer nur Teil einer echten Begegnung mit der Vergangenheit. So gesehen wird der Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ noch problematischer. Wir sollten einfach bei unseren Bemühungen um Gegenwart und Zukunft nicht das auslassen, was wir schon hinter uns haben. Es gibt genug Beispiele dafür, daß, wenn man das tut - womöglich noch in verdrängender Absicht -, Vergangenheit uns einholt.

* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 25. April 1994 in Berlin.

Warum wollen - vielleicht ganz besonders in Deutschland - so wenige Menschen sich der Vergangenheit stellen?

Ich dachte auch einmal, daß das ein deutsches Spezialproblem sei, bis mich Alfred Grosser über die Schwierigkeiten der Franzosen aufklärte, mit ihrer Geschichte zurecht zu kommen. Vieles davon kam mir durchaus bekannt vor. Es ist wohl einfach ganz menschlich, daß das, was gelebt worden ist, mit all seinen Lasten und Problemen, abgeschlossen sein möge. Wenn man sich die Techniken der Konfliktbewältigung etwa in Familien oder in Partnerschaften anschaut, sieht man, daß dort etwas sehr Ähnliches praktiziert wird. Politische Gründe spielen immer dann eine Rolle, wenn alte Widerspruchslagen durch neue überlagert werden. In der Volkskammer hat es zum Beispiel alle Fraktionen geeint, daß die Stasi-Hinterlassenschaft aufzuarbeiten ist. Dieser Befreiungsgedanke, der, wie gesagt, in allen Parteien zu Hause war, ist inzwischen durch andere Widersprüche überlagert, die sich aus der parteipolitischen Landschaft ergeben. Dabei kommen allgemeine menschliche Neigungen und das Eingebundensein in Widerspruchslagen zusammen. Manche sagen, man müsse das eine gegen das andere ausspielen. Aber das wird nicht gehen, denn immer, wenn man das Leben auf eine Widerspruchslage reduzieren will, ergeben sich nur wenig stimmige Antworten.

Es gibt ernstzunehmende Menschen, die raten, die Stasi-Akten wegzuschließen, weil diese Art von Vergangenheitsbearbeitung letztlich nicht von Erfolg gekrönt sein könne. Historische Beispiele würden das belegen. Das korrespondiert ein bißchen mit dem, was Sie soeben über die menschliche Neigung gesagt haben, mit Vergangenem umzugehen. Wird das also irgendwann doch das Ende vom Lied sein?

Ich möchte alle diejenigen warnen, die jetzt schon bilanzierende Wahrheit von sich geben. Es ist schon so, daß - je weiter man von den konkreten Entfremdungen und Unterdrückungen entfernt ist - je größer die Bereitschaft einiger zu werden scheint, lockere Empfehlungen abzugeben. Dem setze ich entgegen: Wir sind am Anfang eines historischen Versuchs und nicht an dessen Ende. Seit Anfang 1992 stehen die Akten jedermann zur Verfügung, und wir können die unterschiedlichen Zugangswege zu ihnen sehr wohl realisieren. Man kann sehr gut differenzieren, wozu man die Akten verwendet. Wenn man eine Zwischenbilanz zieht zu den drei Hauptbegriffen der beiden zugrundeliegenden Gesetze - das Stasi-Unterlagen-Gesetz des Bundestages ist geprägt worden durch ein früheres der Volkskammer -, so muß man zunächst grundlegend sagen: Es ist etwas vollständig Neues, daß sich alle einig waren, daß diese Materialien eines repressiven Systems der allgemeinen Nutzung zugänglich gemacht werden. Warum? Weil man mit diesen Akten die politische, historische und juristische Aufarbeitung bewerkstelligen möchte. Die politische Aufarbeitung umfaßt vor allem das Recht des einzelnen, seine eigenen Akten zu lesen. Hier ist der Staat zum ersten Mal von seiner fürsorglichen Pflicht gegenüber dem einzelnen zurückgetreten und hat gesagt, daß es zwar eine gewisse Sorge hinsichtlich der Ruhe und des sozialen Friedens gebe, daß aber die Einsicht dennoch gewährt werde unter der Maßgabe, daß die Rechtsordnung

gewahrt bleibt. Wenn man in diesem Bereich eine Zwischenbilanz zieht, kann man nur betonen, daß der Gesetzgeber mit dieser Haltung recht behalten hat. Die Bürger haben sich in der Tat als citoyens erwiesen und nicht etwa als Racheengel. Der zweite Aspekt betrifft die Überprüfungen. Hier geht es nicht um Gesinnungsüberprüfungen, sondern darum festzustellen, ob jemand mit der Speerspitze des Unterdrückungsapparates zusammengearbeitet hat- offiziell oder inoffiziell. Auch diese Überprüfungen haben sich, wenn man auf das Gros schaut, positiv ausgewirkt. Das merkt man insbesondere dann, wenn man zum Vergleich in die osteuropäischen Länder schaut. Dort sitzen heute noch ehemalige Geheimdienstoffiziere etwa in Ministerien und verwalten jene Akten, die sie einst selbst produziert haben. In Deutschland sind solche Personen aus hervorgehobenen Positionen des öffentlichen Dienstes entfernt worden. Die Bürger können also sicher sein, daß sie bei der Polizei, vor Gericht, in der Stadtverwaltung keine Mitarbeiter der ehemaligen Stasi antreffen. Eine derartige vertrauensbildende Maßnahme wollte der Bundestag und wollte vorher auch schon die Volkskammer. Die meisten Behörden haben das auch tatsächlich vollzogen, es gibt nur ganz wenige Ausnahmen, zum Beispiel die Arbeitsämter. Zu dieser Vorgehensweise findet man gerade im Osten Deutschlands eine breite Zustimmung. Weniger als 5 Prozent der Fälle, vielleicht etwa 1 Prozent, sind öffentlich stark in der Debatte, so etwa die Fälle Stolpe und de Maiziere. Daß die Presse aus diesen Konflikten Kapital schlägt, belastet die öffentliche Debatte. Ich bin der Meinung, daß nicht der politische Ansatz der Gesetzgebung und ihrer Durchführung, sondern vielmehr die Medienrezeption für machen Unmut verantwortlich ist.

Ich habe noch nicht über die Rehabilitierungs- und die Strafverfolgungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit den Akten gesprochen. Letztere sind wegen des Rückwirkungsverbotes relativ gering. Aber es gibt einige Verfahren, die auch schon mit Verurteilungen geendet sind, bei denen die Akten der Staatsicherheit benutzt wurden. Daneben gibt es unglaublich viele Ermittlungsverfahren. Und noch wichtiger ist die Rehabilitierung, insbesondere für solche Menschen, die sich mit ihrer eigenen Geschichte auseinandersetzen wollen, die im Gefängnis gesessen haben. In diesen Fällen sind die Akten außerordentlich hilfreich. Ähnliches gilt für aktuelle Verleumdungen, denen ich übrigens auch selbst ausgesetzt war. Aber ich nenne hier besonders die Fälle des Ministerpräsidenten Seite (CDU) aus Mecklenburg und des Innenministers Ziel (SPD) aus Brandenburg. Beide wurden beschuldigt, IM gewesen zu sein. Unsere Unterlagen beweisen eindeutig, daß das nicht der Fall war - im Gegenteil, sie waren Opfer des Systems.

Der dritte Bereich betrifft den Zugang für die zeitgeschichtliche Forschung: Anders als nach 1945 können die Forscher jetzt untersuchen, wie sich die Diktatur im einzelnen abgespielt hat, wer für welchen Bereich verantwortlich war, welche Menschen Opfer und welche Täter waren, welche Helfer der Täter waren. Natürlich vermischt sich all dies oft mit anderen Interessen. So sind zum Beispiel viele Helfer der Täter, die lediglich kleine Opportunisten waren, von derartigen Erkundungen nicht immer angetan. In der Abwägung der Fragen, ob nicht die Interessen jener Mehrheit, die von einer Minderheit

unterdrückt wurde, gegenüber den Persönlichkeitsinteressen dieser Minderheit schwerer zu gewichten sind, haben sich die deutschen Parlamente zugunsten der Mehrheit entschieden.

Alles in allem gibt es einen erstaunlich breiten Bereich, in dem die Anwendung des Gesetzes wirksam ist; daneben existiert ein schmaler Problembereich. Leider verlagern die zahlreichen Berichte und Veröffentlichungen über IM-Tätigkeiten die Gewichte beträchtlich. Darüber wird häufig das Wichtigste vergessen, das wir mit Hilfe der Unterlagen erreichen können: daß wir den führenden Kommunisten aus Politbüro und Zentralkomitee die Frage stellen können, wieso sie aus der sozialistischen Idee eine Ausbeuter- und Unterdrückungsgesellschaft gemacht haben, in der es sogar elementare Bestandteile der Demokratiebewegung wie Gewaltenteilung und das Recht der Arbeitnehmer, sich in Gewerkschaften zu organisieren, nicht existierten. Leider beschäftigen sich mit ihnen nur einige wenige Spezialisten, was dieser Gruppe von Tätern zugute kommt, während die Vielzahl von Interessenten sich um die Stasi-Hauptamtlichen und -Nebenamtlichen kümmert. Das hängt sicher auch damit zusammen, daß es in Deutschland kein Gesetz gibt, das die Kommunisten nachträglich zu einer kriminellen Vereinigung gestempelt hätte bzw. eine Überprüfung der SED-Kader zuließe. Für letzteres gab es weder in der Volkskammer (1990) noch im Deutschen Bundestag Mehrheiten.

So stehe ich also zu den eingangs erwähnten Ermahnungen im Umgang mit den Akten. Gefährlich ist der Umgang mit den Unterlagen nur deshalb, weil Befreiungsprozesse immer auch Angst machen. Es ist ja die Fortsetzung unseres damaligen Kampfes auf den Straßen, als wir vor die Häuser der Täter gezogen sind und gerufen haben: „Stasi in die Produktion!“ Wer den Umgang mit den Akten nicht im Zusammenhang mit diesem Befreiungsgedanken sieht, der bemüht Assoziationen, die uns nicht weiterhelfen, etwa zu der damaligen Regelanfrage beim „Radikalenerlaß“. All das ist nicht geplant. Für die Kommunisten im Osten ist nicht schlecht gesorgt, ehemalige Kombinatdirektoren und andere hohe Herren nagen nicht am Hungertuch. Ellbogen hat sich ganz gut zu Ellbogen gefügt.

Eine gründliche und sachgerechte Analyse und Bewertung von Akten mit professionellen historischen Mitteln ist einigermaßen zeitraubend. Außerdem ist eine gewisse zeitliche Distanz zu den aktenkundigen Geschehnissen hilfreich. Insofern wird man auf wirklich seriöse historische Arbeiten, die auf den Stasi-Akten basieren, noch zu warten haben. Bis dahin besteht dennoch Bedarf, hier und da wohl auch Interesse an Skandal, Verdächtigungen usw. Ist die Gefahr des Mißbrauchs dieser Akten von daher nicht doch größer als ihr unmittelbarer Nutzen, zumindest was den Aspekt der historischen Forschung angeht?

Man muß dieser Frage standhalten und einräumen, daß die gründlichen Werke ihre Wachstumszeit haben, schon allem, weil sie unterschiedliche Überlieferungen zusammenführen müssen. Das braucht natürlich sehr viel Zeit. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, ob man nicht aus den Lehren, die wir aus dem Umgang mit unserem Material ziehen, eine gewisse größere Offenheit der westlichen Überlieferungen fordern sollte. Ich glaube, daß es

durchaus möglich ist, daß Parteien und auch der Staat nicht alles so lange der öffentlichen Nutzung entziehen sollten, was in ihren Archiven ist.

Aber gesetzt den Fall, wir würden handeln wie nach dem Zweiten Weltkrieg, das hieße, belastende Akten über Täter, Helfer der öffentlichen Forschung entziehen, und zwar mit dem Hinweis auf die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Diese Abwägung hat es ja durchaus gegeben zwischen der geistigen Befreiung, der Vertrauensbildung, des Wissens der Mehrheit der Bevölkerung, der man Freiheits- und Bürgerrechte entzogen hatte, und den besagten Persönlichkeitsrechten. Heute gibt es ja im Gegensatz zur Nachkriegszeit ein Datenschutzgesetz. Aber selbst die Datenschützer sagen: Datenschutz darf kein Täterschutz sein. Dieses Argument hätte ich im übrigen gern in der Nachkriegszeit angewendet gewußt. Wir können diesen politischen Lernprozeß nicht deshalb stornieren, weil er uns in mancher Hinsicht eben auch politisches Kopfzerbrechen macht. Wenn man schon nicht in aller Eile *das* zeithistorische Werk herausgeben kann, so sind wir doch in der glücklichen Lage, zum Beispiel Quelleneditionen herauszubringen, Monographien, Aufsätze usw. Das alles ist von hohem Wert. So haben wir alle Dienstabweisungen und Befehle, die die Inoffiziellen Mitarbeiter betreffen, zusammengefaßt und ediert. Wir haben auch ein „Wörterbuch der Staatssicherheit, Definitionen zur politisch-operativen Arbeit“, herausgebracht, außerdem eine Arbeit über die Organisationsstrukturen des MfS, dem bald ein erstes wissenschaftliches MfS-Handbuch folgen wird. Neben unserer Eigenforschung arbeiten unsere Wissenschaftler intensiv den Forschungsvorhaben (über 1000) von Universitäten und einzelnen Forschern zu. Das gleiche gilt natürlich auch für die Presse. Und hier liegt der eigentliche Knackpunkt: Die Presseberichterstattung ist es, die das Unbehagen erzeugt. Auf Ihre Frage sage ich nochmals: Nein — es ist mehr nützlich als schädlich. Wir sagen nicht, daß wir schon alles wüßten; wir gehen vielmehr Schritt für Schritt vor, wir sollen ja die Öffentlichkeit über Struktur und Wirkungsweise des MfS unterrichten. Bei einem Vergleich etwa mit Ungarn oder Polen ist festzustellen, daß die Debatte bei uns ungleich kontroverser geführt wird und viel stärker von Sachargumenten geprägt ist. So ist zum Beispiel die Fälschungstheorie entkräftet, die besagt, daß MfS-Akten gefälscht worden sein könnten. Nach 100.000 Aktenrecherchen haben wir für derartige Theorien keine Belege, während in anderen Ländern jeder alles behaupten kann, da die Aktenkenntnis fehlt.

Steckt nicht in all diesen Akten ein verlogener und verruchter Kern, der die Verlogenheit und Verruchtheit des Systems insgesamt widerspiegelt? Sind die Akten nicht von daher von eingeschränktem Wert für Wahrheitsfindung und Wirklichkeitsanalyse?

Ja und nein. Die Gesamtheit dieser Akten stellt ein teuflisches System dar. Ich verwende diesen geprägten Begriff, um die Arroganz und Menschenfeindlichkeit jener zu bezeichnen, die sich ein derartiges System ausgedacht haben. Es ging ja darum, das Verhalten von zum Teil vollkommen unpolitischen Leuten zu observieren, Gruppierungen zu zersetzen und Menschen in ihrer Persönlichkeit zu zerstören. Dieses System hat mehr als jedes andere Subsystem Teil an dem Unwerrurteil, das Demokraten gegenüber all jenen aussprechen müs-

sen, die illegitime Macht als oberste Instanz ansehen. Illegitim war die Macht der Herrschaftsclique der SED, und illegitim waren die abgeleitete Machtkontrolle und die Unterdrückung. Von daher steckt im Wesen dieser Aktenführung in der Tat etwas Unmenschliches und Böses. Andererseits haben wir bei den Hunderttausenden von Recherchen mit diesen Akten sehr unterschiedliche Formen der Darstellung vorgefunden, von denen ein hoher Prozentsatz einfach deshalb seriös ist, weil die mitgeteilten Fakten richtig sind. Man kann natürlich auch richtige Fakten in einen falschen Zusammenhang stellen und sie damit sozusagen ihrer Würde berauben. Aber auch dann sind diese Dokumente ernstzunehmen.

Es erhebt sich die Frage, ob Menschen, die Antidemokraten waren, deshalb fehlerhafte Akten produziert haben. Man wird, gerade auch im historischen Vergleich, feststellen, daß dem nicht so ist. Wir wissen, daß die Buchhalter des Todes oft sehr genaue Buchhalter waren. Das gilt für die Zeiten der Konzentrationslager ebenso wie für die Zeiten der stalinistischen Repression. Auch böse Menschen sind imstande, eine preußisch korrekte Aktenführung zu betreiben. Deshalb sind Historiker auch an den Akten des Reichssicherheitshauptamtes interessiert, an den Akten der Gestapo und der SS ganz allgemein. Von daher wird jeder Zeitgeschichtler an allen Überlieferungen solcher Systeme interessiert sein, ob sie nun böse sind oder nicht. Kurzum: Unsere eigenen Antipathiegefühle gegen diese Akten sind sehr deutlich, aber sie trüben uns nicht den Blick dafür, daß wir es hier mit einer Überlieferung zu tun haben, die von einem außerordentlich hohen Aussagewert ist. Deshalb sind nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften auf diese Akten verwiesen. Es ist früher gefragt worden, wie hoch der Phantasiegehalt dieser Akten sein mag. Ich kann inzwischen sagen, daß er gegen null geht. Deshalb steht natürlich noch nicht in jedem Stück Papier die Wahrheit, aber das ist bei Aktenmaterial niemals der Fall. Unter den vielen tausend Aktenstücken aus den verschiedenen Bereichen des Rechtsstaats wird man immer eines finden, in dem sich ein Zeuge nicht richtig erinnert oder in dem auch schon einmal bewußt die Unwahrheit gesagt wird. Deshalb kommt niemand auf den Gedanken, den Wahrheitsgehalt des gesamten Bestandes in Frage zu stellen. Deshalb sollte man auch der Öffentlichkeit nicht einreden, daß gerade im Falle der MfS-Unterlagen jedes einzelne Blatt Papier die Wahrheit enthalten könnte. Ganz abgesehen davon, daß selbst dann, wenn es Akten von sehr hohem Wert wären, sie immer noch nicht die ganze Wahrheit darstellen könnten, weil zumindest immer ein Aspekt übersehen oder ausgelassen worden ist.

Gerade im Zusammenhang mit den Stasi-Akten wird oft die Parallele zur Zeit nach 1945 gezogen. Ich will in dieser Hinsicht einen Aspekt herausgreifen: Es hat beinahe 50 Jahre gedauert, bis eine breite deutsche Öffentlichkeit vom Wirken eines Oskar Schindler erfahren hat, und zwar durch einen meisterhaften Film aus Hollywood. Sie haben darauf hingewiesen, daß in den Stasi-Akten auch „Heldentaten“ aus dem Alltag der DDR festgehalten sind. Warum erfährt man eigentlich so wenig darüber?

Es vergeht eigentlich kein öffentlicher Auftritt von mir oder meinen Mitarbeitern, bei dem wir nicht Beispiele von Zivilcourage bringen. Allerdings ist für

den Teil der Öffentlichkeit, der auf Unterhaltung aus ist, eine gute Nachricht sozusagen eine schlechte Nachricht. Das, was an normalem menschlichen Anstand vorhanden war, ist keine Meldung wert. Die Schurkereien sind die Nachrichten. Von daher sind die besonders großen Verräter wie etwa Wolfgang Schnur eine Nachricht wert. Die Öffentlichkeit möchte nur zu besonderen Tagen, zu Feiertagen oder wenn das Gemüt besonders belastet ist, eine Erhebung erfahren. Aber eine Dauerinformation etwa über Zivilcourage in der ehemaligen DDR ist aussichtslos. Vielleicht hat das etwas mit der Unterhaltungsgesellschaft zu tun oder damit, daß das eines Kitzels entbehrt.

In Berlin lebt und arbeitet der Autor Peter Schneider. Er hat schon vor geraumer Zeit begonnen darüber zu recherchieren, wieviele tausend Juden hier in Berlin überlebt haben, weil ihnen von einzelnen geholfen worden ist. Das muß nicht immer heldenhaft gewesen sein, aber es war auf je eigene Weise bemerkenswert. Warum erzählt niemand darüber? Es muß viel mehr darüber geredet werden, daß wir im Leben nicht nur die Möglichkeit haben zu versagen, sondern daß man auch bei sich selbst bleiben kann - wie eben das Beispiel vieler zeigt. Jede Zeit hält jedenfalls einen Fundus an Menschen bereit, die engagierte Demokraten, ja sogar Kämpfer sind. Daneben gibt es einen größeren Fundus, bei dem eine Grundübereinkunft gewahrt bleibt. So ist es zu erklären, daß der Verrat, obwohl er von einigen Völkern offenbar mehr geliebt wird als von anderen, nie zu einer Mehrheitshaltung geworden ist.

Aber müssen Sie nicht alles dafür tun, es zu beschleunigen, daß über die Zivilcourage in der DDR schneller mehr bekannt wird als über Oskar Schindler und die anderen Beispiele aus der Zeit des Nationalsozialismus?

Wir werden das ganz sicher versuchen. Unser Anliegen ist es zu zeigen, daß diese Unterlagen uns Einblick geben in das Räderwerk eines totalitären Regimes. In diesem Räderwerk kommen sehr viel mehr Unschuldige als Schuldige vor. Wir möchten, daß die Menschen keine Angst mehr davor haben, deshalb haben wir in einer wissenschaftlichen Arbeit einmal die Zahlen etwa über die Inoffiziellen Mitarbeiter veröffentlicht: Es waren zuletzt etwa 172 000. Das heißt, daß etwa 1 Prozent der Bevölkerung als IM beteiligt war. Wenn ich das etwa im Westen erzähle, bemerke ich jeweils ein Aha-Erlebnis. Viele, vornehmlich auch Intellektuelle, gehen nämlich davon aus, daß es mehr oder weniger alle waren, die in dieser Weise verstrickt waren, sozusagen ein „Volk von Verrätern“. Daneben gibt es jene, die vor lauter Bescheidenheit einräumen, daß sie, wenn sie in ähnlicher Lage gewesen wären, so etwas auch getan hätten. Durch eine solche Aussage fühlen sich Menschen, die jahrzehntelang nicht mit der Stasi zusammengearbeitet haben oder sogar gegen sie gewirkt haben, durchaus nicht getröstet. Sie fühlen sich vielmehr beleidigt, weil es sich um eine ignorante Form handelt, sich ein Problem vom Hals zu halten. Man macht sich einfach nicht die Mühe der Wahrnehmung.

Schon dem Volkskammergesetz vom August 1990 lag die Absicht zugrunde, der Mythenbildung etwas entgegenzusetzen. Wer wissen will, soll wissen können. Es soll nicht wieder möglich sein, nach 30 Jahren zu sagen: Wir wußten nichts; man konnte nichts wissen. Wir können beweisen, wie viele

Menschen sich entschieden haben, damit nichts zu tun zu haben. Natürlich ist das auch immer mit einer gewissen Angst verbunden, denn wenn man etwas dagegen hat tun können, wenn man hat nein sagen können, dann müssen sich viele fragen, warum sie nicht mehr oder entschiedener nein gesagt haben. Dann geht es nicht mehr nur um Stasi, sondern dann bekommen manche ein schlechtes Gewissen, weil sie eben doch zur Wahl gegangen sind, in die Partei eingetreten sind, obwohl sie das überhaupt nicht mochten. Auch deshalb gibt es Vorbehalte, die es in ähnlicher, noch stärkerer Form auch noch 1945 gegeben hat. Damals gab es eine Verbindung zwischen den Tätern, den Verantwortlichen und den Verführten. Die, die ihren eigenen Weg gefunden hatten mitmenschlich zu bleiben, störten diese Übereinkunft zwischen Tätern und Verführten. Jemand, der sich mit Schindler hätte auseinandersetzen müssen, der hätte sich irgendwann fragen müssen, ob er nicht vielleicht zumindest einem hungernden Kriegsgefangenen, der vorbeikam, etwas zu essen hätte geben können. Auch aus diesem Grunde liebt die Öffentlichkeit manchmal die Beschäftigung mit solchen, die Zivilcourage haben, nicht.

Wesentliche Teile der politischen, kulturellen, auch kirchlichen Eliten der früheren Bundesrepublik haben mit ihren Pendanten in der ehemaligen DDR Beziehungen unterhalten, die zwar sicher vielen einzelnen, etwa bei Ausreisearträgen usw., genutzt haben, die aber gleichzeitig eine gewisse Zurückhaltung bei der Benennung von Mißständen und Systemfehlern einschlossen. Könnte daraus nicht ein gemeinsames Interesse resultieren, die Stasi-Akten doch nicht allzu genau anzuschauen?

Es könnte sein, daß es solche Interessen gibt. Sie sollten sich dann allerdings, bitte schön, deutlicher artikulieren. In der Fachdebatte zum Stasi-Unterlagen-Gesetz sind diese Dinge nicht benannt worden. Es kann natürlich sein, daß sich hinter manchem Kontra-Argument solche Ängste versteckt haben. Man kann davon ausgehen, daß es derartige Ängste in politischen, kulturellen und anderen Bereichen durchaus gibt. Entscheidend ist, daß sich solche Ängste nicht haben durchsetzen können. Ich würde auch sagen, daß manche Angst übertrieben ist. Nicht jeder, der aus Höflichkeit oder mangelnder Courage die Kommunisten geschont hat, hat seine Sache verraten. Vielleicht haben es sich einige eben nur zu leicht gemacht. Man muß sehr genau voneinander trennen, wer einer illusionären Ideologie angehangen hat oder wer anderen zum Beispiel nur ein bißchen zuvorkommen wollte. Man wird dann die Unterschiede etwa zu jenem nackten Verrat feststellen, den es auch gegeben hat, in allen Parteien, in den großen Institutionen, überall. Auch dieser Verrat hatte sehr unterschiedliche Motivationen: Verrat zum Beispiel aus ideologischer Verkleisterung oder aber aus Geldgier oder etwa aus einer Mischung aus beidem. Das ganze ist eben unendlich differenziert. Die Gruppe derer, die mit all diesen Dingen Ängste verbindet, ist allerdings nicht ganz klein. Auch ich habe natürlich meine Vorbehalte, etwa bei vergrößernder Medienrezeption des Themas. Für eine Schlußstrich-Lösung würde sich in Deutschland, außer bei der PDS, keine parlamentarische Hand rühren. Und auch in der PDS gibt es heftigen Streit darüber, wie man mit der Vergangenheit umgehen soll. Insgesamt fehlt bei den Aufarbeitungsgegnern und Schlußstrichfreunden eine überzeugende Sachargumentation. Dieses Fehlen wird durch allerhand Gefühllichkeit ersetzt.

Noch einmal ein Einwand nachdenklicher Beobachter: Was mit den MfS-Akten an Positivem bewogen werden kann, steht in keinerlei Verhältnis zu dem, was an Negativem dabei herauskommt. Die Vermutung geht dahin, daß es nichts bringe, daß außer für einige direkt Betroffene nichts wirklich Relevantes dabei herauskomme.

Das Letztere ist eine Kampfparole, die übersieht, daß diese Lösung das Ja sämtlicher Parteien in Deutschland hat. Nun noch einmal zu dem anderen Argument. Es ist besonders merkwürdig, wenn man es von jenen hört, die in der Geschichte der Bundesrepublik nicht müde geworden sind, den Mächtigen mit Vorwurf, und zwar berechtigtem Vorwurf, zu sagen, was sie versäumt haben, um die Lasten der Nazi-Vergangenheit aufzuarbeiten. Viele Leute, darunter Publizisten und Historiker, die einstmals einer konservativen Geschichtsbetrachtung entgegengetreten sind, verwenden nun konservative Argumente. Sie verkennen den emanzipatorischen Politfkansatz, sie verkennen die Intention der Demokraten des ostdeutschen Parlaments, die die Fehler der Väter- und Müttergeneration bei der Aufarbeitung der Geschichte nicht wiederholen wollten. Wir haben gelernt, wohin uns das Verdrängen und Vergessen geführt hat und, bitte schön, wir dürfen gelernt haben. Manchmal fragt man sich, warum sie früher ihre Aufsätze geschrieben haben. Ist es denn so, daß die Menschenrechte nur von einer Seite des politischen Spektrums angegriffen werden können? Hier merkt man, daß ideologische Eierschalen noch nicht abgestreift sind, die Wahrnehmung nach wie vor noch nicht ernsthaft genug ist. Das trübt die Wahrheitsfindung. Übrigens ist gerade der Dissenz der jetzt erkennbar wird, eine Gewähr für einen wirklichen Abschied von einer Epoche.

Bei denen, von denen Sie soeben sprachen, handelt es sich ja oftmals um Linke. Wenn sich die Linke eingestehen muß, daß ein Teil ihres Erbes sozusagen hier in Ihrem Hause lagert, daß das auf irgendeine Weise mit zu ihr gehört, in welcher Form und in welcher Ferne auch immer, dann muß das ja verortet und verarbeitet werden. Das ist zweifellos, wenn auch nicht immer bewußt, eine furchtbare Last.

Schön, daß Sie das so ansprechen. Man begegnet Sozialdemokraten, die für ihre Überzeugung zweimal bezahlt haben: einmal bei den Nationalsozialisten und einmal bei den Kommunisten. Sie haben das wertvolle Erbe der Sozialdemokratie, das Sozialismus nur in Verbindung mit Demokratie erstrebenswert sein läßt, teuer bezahlt. Aber nach 1968 haben Teile der Unken Bewegung ihre Unschuld verloren, sind in gewisser Weise blind geworden gegenüber dem Osten und haben deshalb natürlich ihre Schwierigkeiten. Aber sie sollen sich in ihrem eigenen Lager umschaun, dann treffen sie immer wieder auf Personen, die die ihren waren und aufgewacht sind. Und was ich für die Sozialdemokraten gesagt habe, gilt für die Kommunisten ebenso: Robert Havemann hier und Wolf gang Leonhard dort. Es waren Hunderte, die gesagt haben, daß sie gerade wegen ihres Unken Engagements dagegen sein müssen. Das allerdings hat in Deutschland nicht hinreichend Rückhalt gefunden, sondern es ist eine Renegaten-Kultur geworden, auf die eine arrogante Mainstream-Betrachtung hinabgeschüttet wurde. Das ist ein großer Unterschied zu der in Frankreich von links kommenden Auseinandersetzung der Intellektuellen, die eines

Tages gesagt haben, daß die Kritikfähigkeit gegenüber dem eigenen System die Augen nicht vor den Mißständen des Sozialismus verschließen kann. Insofern sind die Selbstbefreiungsschritte in der französischen Intellektuellenklasse rascher vollzogen worden als bei uns.

Wir sprachen eben über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Wie haben Sie, der Sie damals Pastor in Rostock waren, das eigentlich gesehen?

Ich war ein Anhänger der Ostpolitik der SPD. Ich gehörte zu jenen, die auf „Wandel durch Annäherung“ setzten. Ich denke auch, daß man dieses Konzept heute nicht in Bausch und Bogen diskreditieren sollte. Was mir an den zahlreichen Kontakten von Politikern, Künstlern, Kirchenleuten, Gewerkschaftern aufgefallen ist, ist das Ungleichgewicht. Wenn eine Regierung mit einer anderen Regierung Verhandlungen führt, dann gibt es einen Rahmen, an dem nicht viel zu verändern ist. Da gibt es protokollarische Notwendigkeiten, die nicht wirklich überschritten werden können. Aber ohne Regierungsverantwortung, sieht die Sache meines Erachtens anders aus. Manche Sozialdemokraten zum Beispiel haben aber Politik gemacht, als ob sie Regierungsverantwortung hätten. Das ist, gerade wenn man aus einer Arbeiterpartei hervorgegangen ist, zu hinterfragen. Deshalb wird von vielen ostdeutschen und auch von einigen westdeutschen Sozialdemokraten die Nähe der Kontakte zur DDR-Führung am Ende der achtziger Jahre kritisiert. Es wurden die Zentren so stark als Gesprächspartner wahrgenommen, daß man die Peripherie nicht mehr gesehen hat, selbst dann nicht, als sich in Polen von der Peripherie her ein wirkliches Machtzentrum aufbaute. Das war ja noch etwas anderes als in Deutschland, wo man die Peripherie leichter übersehen konnte. In dieser Hinsicht sind alle anderen Stellen als die Regierungsstellen daraufhin zu befragen, ob sie dem Auftrag, dem sie dienen, wirklich entsprochen haben. Daraus muß eine Debatte entstehen. Die Gewerkschaften werden sich darüber unterhalten müssen, ob es angeht, daß man bei Kontakten auf der Führungsebene Mitbestimmungsinteressen etwa von einfachen Mitgliedern hintanstellt. In der evangelischen Kirche wird es so diskutiert, daß man durch das diplomatische Verschweigen und Verkläusulieren den Kampf von Basisgruppen zusätzlich erschwert hat.

Ich sehe zwar durchaus ein, daß eine Gewerkschafts- ebenso wie eine Kirchenleitung eine gewisse Sprache pflegen muß, aber je weniger man selbst Regierung ist, desto größer sind eigentlich die Freiheiten, die man hat. Diese Freiheiten, das ist meine Erfahrung, sind manchmal nicht genug ausgenutzt worden.

Zum Abschluß eine Frage nach der Sonderrolle, die die protestantische Kirche in der DDR auch im Stasi-Zusammenhang gespielt hat. Ein herausragender Fall ist in diesem Zusammenhang der des Ministerpräsidenten Stolpe. Obwohl die Akten nahelegen scheinen, daß er womöglich zu intensiv mit der Stasi kooperiert hat, tut das seinem Renommee und seiner Beliebtheit offenbar überhaupt gar keinen Abbruch, eher im Gegenteil. Muß man das nicht doch als Indiz dafür werten, daß die meisten Menschen diese Bearbeitung von Vergangenheit ablehnen, sie zumindest aber indifferent betrachten?

Das ist schwer zu beurteilen. Nach Systembrüchen gibt es immer eine Mehrheit in der Bevölkerung, die, wenn sie zurückschaut, zu dem Ergebnis kommt, daß es eigentlich so schlimm gar nicht gewesen sei. Zwei berühmte Umfragen von Allensbach belegen das: eine von 1948 und eine von 1990. Mit beiden sollte die Akzeptanz des jeweils vergangenen Systems untersucht werden, und die Frage lautete etwa, ob der Nationalsozialismus eine gute Sache gewesen sei, die nur schlecht gemacht worden ist. 1948 antworteten darauf mehr als 60 Prozent der Befragten, daß sie das so sähen. 1990 hat man im Osten dann eine ähnliche Frage gestellt, und weil man sichergehen wollte, hat man nicht nur nach dem Sozialismus, sondern zur Kontrolle auch nach dem Kommunismus gefragt. Auch diesmal waren wieder um 60 Prozent der Befragten der Meinung, daß es so sei. Vielleicht sieht man, wenn man in neuen Widersprüchen steckt, es in der Rückschau wirklich so: Wenn die es nicht falsch gemacht hätten, dann wäre es gar nicht so schlecht gewesen. Man ist noch nicht so weit, daß man die Perversion wirklich erkannt hat, daß man weiß, daß es ein im Prinzip menschenfeindliches und falsches System war. Das ist die eine Seite. Für die aktuelle Situation kommt etwas anderes hinzu. Gerade in einer Zeit, in der bestimmte Regionen ihre Industrie, ihr Selbstbewußtsein verlieren, Elitenwechsel stattfindet, gibt es neben den etwa 10 Prozent, die die Herrschaftsstruktur ausgemacht haben, eine Menge Menschen, die verunsichert sind. Dann ist eine selbstbewußte, aus der Umgebung stammende Persönlichkeit immer angenehm. Sie kann dann auch ruhig ein wenig verstrickt sein. Die dokumentierten Fakten werden dann auch gar nicht mehr so deutlich wahrgenommen. Man argumentiert mehr mit der positiven Motivschicht aus der heraus die Grenzüberschreitungen vollzogen wurden - eine Überlegung, die freilich bei Abertausenden vorher überprüfter Entlassener kaum bzw. gar keine Rolle spielte. Außerdem sind der neue Ost-West-Gegensatz bzw. der aktuelle Parteienkampf aktuelle Widersprüche, die oftmals den alten Widerspruch zwischen Bevölkerung und MfS-Partnern überlagern. So allerdings können Probleme von Ungleichbehandlung entstehen, was dann über kurz oder lang erneut zu Unruhe führt.

Und wenn wirklich ein alt-neues Wachsen von Indifferenz gegenüber den Lasten der Vergangenheit entstehen sollte, werden gewiß Historiker, verantwortliche Politiker sowie aufgeklärte und selbstbewußte Staatsbürger solchem Trend als letzte folgen.